35. Enthält die in Art. 95 des preuß. Gesetzes über die freiw. Gerichtsbarkeit angeordnete Angabe der Nummer, unter der die Urschrift einer notariellen Urkunde im Notariatsregister eingetragen ist, auf der Urschrift, der Ausfertigung oder Abschrift eine öffentliche Beurkundung im Sinne des § 348 Abs. 1 St.G.B.'s?

St.G.B. § 348 Abs. 1.

Preuß. Gesetz über die freiw. Gerichtsbarkeit vom 21. September 1899 (G.S. S. 249) Artt. 45. 46. 49. 95.

Preuß. Gesetz über das Verfahren bei Aufnahme von Notariatsinstrumenten vom 11. Juli 1845 (G.S. S. 487) §§ 16. 36.

IV. Straffenat. Urtr. v. 25. Februar 1908 g. B. IV 1106/07.

I. Landgericht Dels.

Gründe:

Gegen den Angeklagten ist festgestellt, daß er als Notar von mehreren im Jahre 1907 von ihm aufgenommenen Verhandlungen Ausfertigungen erteilt hat, bei denen am Schlusse im Ausfertigungsvermerk angegeben war, daß diese Verhandlungen unter den aufgeführten Nummern im Notariatsregister eingetragen seien, obwohl diese Eintragungen damals noch nicht erfolgt waren. Von der Anklage, hiermit gegen § 348 Abs. 1 St.G.B.'s verstoßen zu haben, ist er freigesprochen worden. Der hiergegen von der Staatsanwaltschaft eingelegten Revision war der Erfolg zu versagen.

In Art. 95 des preuß. Ges. über die freiw. Gerichtsbarkeit vom 21. September 1899 ist dem Notar die Führung eines Registers zur Pflicht gemacht und im Anschluß hieran bestimmt:

„Auf der Urschrift jeder Urkunde sowie auf jeder Ausfertigung oder Abschrift soll der Notar die Nummer angeben, unter der die Urschrift im Register eingetragen ist.“

Die Strafkammer hat angenommen, daß hiermit nicht eine Beurkundung im Sinne des § 348 Abs. 1 St.G.B.'s angeordnet, sondern nur eine innerdienstliche Ordnungsvorschrift getroffen worden sei, und diese Annahme, die nicht für rechtsirrtümlich zu erachten ist, trägt die Entscheidung.

Der Tatbestand des § 348 Abs. 1 setzt in seiner ersten hier allein in Betracht kommenden Begehungsform objektiv eine falsche Beurkundung durch den Beamten in öffentlicher Urkunde voraus. Die Eigenschaft einer solchen kommt aber nicht jeder von dem Beamten nach Maßgabe der für ihn bestehenden Vorschriften gemachten schriftlichen Bemerkung, sondern nur solchen Bemerkungen zu, welche dazu bestimmt sind, unter der Autorität öffentlichen Glaubens ein für und gegen Dritte beweisendes Schriftstück herzustellen (vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bb. 1 S. 42 und 312, Bb. 11 S. 291, Bb. 20 S. 175, Bb. 21 S. 104). Daß die in Art. 95 angeordneten Nummerangaben eine solche Bestimmung haben sollten, ist dem Gesetze nicht zu entnehmen. Es ist außer Zweifel, daß die Eintragung des notariellen Aktes in das Notariatsregister und die Angabe der

Nummer auf der Urschrift, Ausfertigung oder Abschrift für die Rechtsgültigkeit und die vollgültige Beweisraft der notariellen Beurkundung des Rechtsgeschäftes oder sonstigen Vorganges ganz bedeutungslos sind. Es ist aber auch nicht ersichtlich, daß in anderer Beziehung die Nummerangabe für die Beteiligten von solchem Werte sein könnte, daß der Gesetzgeber für erforderlich erachtet haben sollte, sie zum Gegenstand einer öffentlichen Beurkundung im Sinne des § 348 Abs. 1 St.G.B.'s zu machen.

Dagegen sprechen folgende Gründe dafür, daß die Absicht dahin gegangen ist, lediglich eine Ordnungsvorschrift zu geben. Von einer gewissen Bedeutung in dieser Beziehung ist zunächst nicht nur der Zusammenhang der die Nummerangabe betreffenden Anordnung mit den im Art. 95 selbst getroffenen Bestimmungen über die Einrichtung des Notariatsregisters, sondern auch die Stellung des Art. 95 im Gesetze. Die Bestimmungen über die „gerichtlichen und notariellen Urkunden“, über ihren Gegenstand und ihre wesentlichen Formen sind im 4. Abschnitte getroffen, wogegen sich der Art. 95 im 6. Abschnitte, der von der „Amtsstellung der Notare“ handelt, befindet und sich unmittelbar an die Artikel über die Aufsicht und die Disziplinarstrafen anschließt. Ist dieser Stellung der Vorschrift im Gesetze innerhalb der die Amtsstellung der Notare regelnden Bestimmungen auch kein entscheidendes Gewicht beizulegen, so gewinnt sie doch an Bedeutung in Verbindung damit, daß für die Vermerke der Nummer keine der Formen, wie sie in Abschnitt 4 als wesentlich für die notariellen Beurkundungen vorgeschrieben sind, angeordnet ist und ein genügender Anhaltspunkt dafür, daß der Gesetzgeber den Nummervermerken trotz der für sie zugelassenen Formlosigkeit die Eigenschaft einer öffentlichen Urkunde habe beilegen wollen, nicht vorhanden ist. Es erscheint auch nicht angängig, die Nummerangaben als einen Bestandteil des betreffenden Notariatsaktes anzusehen, dergestalt, daß sie als von der Form des letzteren mitgedeckt und aus diesem Grunde als vom Notare zum öffentlichen Glauben beurkundet zu gelten hätten. Wenn in dieser Richtung auf die Vorschrift in § 16 der preuß. Notariats-Ordnung vom 11. Juli 1845, wonach der Ausfertigungsvermerk lauten sollte:

„Vorstehende in das Register unter Nr. . . . Jahr . . . eingetragene Verhandlung wird hiermit für N. N. ausgefertigt“,

hingewiesen und geltend gemacht wird, daß an dem sich hieraus ergebenden Rechtszustande nichts geändert sei, so kann dem nicht beigetreten werden. In der preuß. Notariats-Ordnung war in § 36 angeordnet, daß die Nummer des Notariatsregisters auf der Ausfertigung angegeben werden solle, und daneben war in § 16 eine besondere Vorschrift darüber, wie der Ausfertigungsvermerk lauten sollte, getroffen. Letztere ist insoweit, als sie die Aufnahme der Notariatsregisternummer in den Ausfertigungsvermerk anordnete, in das neue Gesetz nicht übergegangen (vgl. Artt. 45 und 46), und die dem § 36 Not.O. entsprechende Vorschrift ist in Art. 95 des neuen Gesetzes dahin erweitert, daß die Registernummer nicht nur auf der Ausfertigung, sondern außerdem auch auf der Urschrift und auf den Abschriften angegeben werden solle. Daß den Nummerangaben auf der Ausfertigung eine ihrem Wesen nach andere Bedeutung beigemessen werden sollte als denen auf der Urschrift oder den Abschriften, ist in keiner Weise erkennbar und es ist deshalb davon auszugehen, daß die Vermerke der Nummer auf der Ausfertigung nicht anders zu beurteilen sind, wie die auf der Urschrift und auf den Abschriften. Bei den einfachen Abschriften aber, zu deren Erstellung der Notar nach Artt. 49 flg. des angeführten Ges. berechtigt und verpflichtet ist, fehlt es überhaupt an einer Beglaubigung, durch welche die auf die Abschrift gesetzte Nummerangabe mitbeurkundet werden könnte, und auch bei der Urschrift kann die Nummerangabe nicht als durch den Notariatsakt beurkundet gelten, da sie außerhalb der Form, unter der die Beurkundung des Rechtsgeschäftes oder sonstigen Vorganges erfolgt, steht, auch zeitlich dem Abschlusse des Notariatsaktes nachfolgt. Es kann deshalb auch bezüglich der Nummerangabe auf der Ausfertigung nicht angenommen werden, daß sie einen Teil des Notariatsaktes bildet. Sofern letzteres unter der Herrschaft des früheren Gesetzes auf Grund des § 16 anzunehmen gewesen wäre, müßte dieser Rechtszustand als geändert angesehen werden.

Ein begründeter Einwand gegen die Annahme, daß die auf die Nummerangabe bezügliche Vorschrift in Art. 95 lediglich eine Ordnungsvorschrift ist, kann auch nicht daraus hergeleitet werden, daß es an einem erkennbaren Zwecke für eine solche fehlen würde. Zuzugeben ist nur, daß sie nicht geeignet erscheint, gerade Kontrollzwecken zu

dienen, da eine beträchtliche Anzahl der in den Verkehr gelangenden Ausfertigungen und Abschriften überhaupt nicht mehr zur Kenntnis der Gerichte oder der den Notaren vorgesetzten Behörde gelangt. Allein es sind andere Zwecke denkbar, zu deren Erreichung die Vorschrift der Nummerangabe für erforderlich und eine bloße Ordnungsvorschrift für ausreichend erachtet worden sein kann. Die Einrichtung scheint namentlich dazu geeignet, die Zusammengehörigkeit der erteilten Ausfertigungen und Abschriften mit der Urschrift und untereinander schon äußerlich sofort erkennbar zu machen und die Auffindung des betreffenden notariellen Aktes im Register sowie damit auch die Auffindung der Urschrift zu erleichtern. Die gesetzgeberischen Vorarbeiten zu dem angeführten Gesetze über die freiwillige Gerichtsbarkeit und zur preuß. Notariats-Ordnung, deren auf das Notariatsregister bezügliche Bestimmungen mit geringfügigen Änderungen in das jetzt geltende Gesetz übergegangen sind, enthalten nichts, was der Annahme, daß die in Art. 95 des jetzigen Gesetzes und in § 36 Not.O. getroffene Anordnung eine bloße Ordnungsvorschrift ist, entgegenstände. Nur auf das Notariatsregister bezieht sich folgende Bemerkung in der Begründung zu § 34 des Entwurfes der preuß. Not.O. (§ 36 des Gesetzes):

„Der § 34 schreibt nach dem Vorgange des Art. 43 rhein. Not.O. die Führung von Registern über sämtliche Notariatsakte vor und bestimmt deren Einrichtung. Die Anordnung macht erst die Kontrolle möglich, beugt Fälschungen vor und ist mithin sehr geeignet, die Glaubwürdigkeit der notariellen Dokumente zu erhöhen und deren Abfassung zu sichern“ (vgl. Weißler, Das preussische Notariat 1888 S. 366. 388).

Gleichfalls nur mit Bezug auf das Notariatsregister ist in der Begründung des Gesetzes über das Notariat vom 15. Juli 1890 zu § 11 (§ 10 des Gesetzes) bemerkt, daß die Verpflichtung der Notare, die Eintragungen in ihre Register vollständig vorzunehmen, im öffentlichen Interesse ausgesprochen werden müsse (vgl. Drucksachen des Hauses der Abgeordneten XVII. Legislaturperiode 2. Session 1890 Nr. 75 S. 11).

Hieraus ist für die Frage, welche Bedeutung der auf die Angabe der Nummer bezüglichen Bestimmung zukommt, nichts herzuleiten, da,

auch wenn dem Register die Eigenschaft eines öffentlichen beizumessen und die Einträge als öffentliche Beurkundungen anzusehen wären, hieraus nicht folgen würde, daß auch die Vermerke der Nummer auf der Urschrift, Ausfertigung und Abschrift öffentliche Urkunden sein sollten. Es kann daher unerörtert bleiben, ob dem Auspruch in dem Urteile des Reichsgerichts vom 7. Mai 1880 (Entsch. in Straff. Bd. 1 S. 426. 429), daß die Notariatsregister öffentliche Register seien¹, beizutreten wäre. Unmittelbar auf die Vorschrift der Nummerangabe in § 36 Not.D. bezieht sich eine Bemerkung in einer in dem „Nicht amtlichen Teil“ des preuß. Just.-Min.-Bl. Jahrg. 1847 S. 294. 306 veröffentlichten Abhandlung, welche — wie im Eingange gesagt ist — sich zur Aufgabe gemacht hatte, die bei den Vorberatungen über das Gesetz vorzugsweise leitenden Gesichtspunkte darzulegen. Sie lautet:

„Die zweifelhaft gefundene Frage, ob die Notare den vorgeschriebenen Vermerk eigenhändig in das Register einzutragen haben, ist bei den Vorberatungen über das Gesetz speziell zur Sprache gekommen und verneint worden, weil durch die Bestimmung, daß die Nummer des Registers auf den Ausfertigungen vermerkt werden solle, hinlänglich dafür gesorgt sei, daß die Eintragung wirklich erfolge und überdies der Notar für die vollständige und richtige Führung des Registers verhaftet bleibe.“

Sofern hieraus Schlüsse auf den gesetzgeberischen Grund der Anordnung der Nummerangabe in § 36 Not.D. gezogen werden könnten, würde daraus jedenfalls nicht gefolgert werden dürfen, daß nach Absicht des Gesetzgebers die Eintragung der Nummer im Register

¹ Dies wird in der Literatur verneint; vgl. Josef, Das R.-Ges. über die Angelegenheiten der freiw. Gerichtsbarkeit und das preuß. Ges. über die freiw. G. 2. Aufl. S. 334 Anm. 1; Jastrow, Deutsch-preuß. Notariatsrecht 14. Aufl. S. 153 Anm. 1; Kausnitz, Das R.-Ges. über die Angel. der freiw. G. und das preuß. Ges. über die freiw. G. S. 667 Anm. 6; Rietzsch, Handbuch der Urkundenwissenschaft 2. Aufl. § 84 S. 244; Schulze-Görlich u. Oberned, Die Angel. der freiw. G. II S. 226 Anm. 1 u. S. 227 Anm. 4; Weißler, Das Notariat der preuß. Monarchie S. 210 Nr. 8 und S. 211; Bellstein, Preuß. Ges. über die freiw. G. S. 152 Anm. 5; Werner u. Proschel, Das deutsch-preuß. Notariat S. 233 Anm. 1. D. C.

der Gegenstand einer öffentlichen Beurkundung auf der Ausfertigung sein sollte. Der für die Anordnung angegebene Grund der Sicherung der Befolgung der auf die Eintragung ins Register bezüglichen Bestimmung ist vielmehr geeignet, die Annahme zu bestätigen, daß es sich bei der auf die Nummerangabe bezüglichen Bestimmung in § 36 lediglich um eine für die Zwecke des inneren Dienstes als erforderlich erachtete Ordnungsvorschrift handelte.

Der Strafkammer ist auch darin beizutreten, daß durch die im vorliegenden Falle erfolgte Aufnahme der Nummer in den Ausfertigungsvermerk keine Beurkundung zum öffentlichen Glauben bewirkt worden ist. Die Ausfertigung begründet nur insoweit Beweis zum öffentlichen Glauben, als sie solchen Beweis zu schaffen vom Gesetz bestimmt ist. Liegt dem Notar nicht ob, in öffentlicher Urkunde mit Beweiskraft für und gegen jedermann zu beurkunden, unter welcher Nummer die Eintragung ins Notariatsregister stattgefunden hat, erfüllt er vielmehr dadurch, daß er diese Angabe macht, eine ihm als Beamten für die Zwecke des inneren Dienstes auferlegte Amtspflicht, dann behält die Angabe der Nummer diese ihr gesetzlich zukommende Bedeutung der Erfüllung einer Ordnungsvorschrift, auch wenn sie nicht in der gesetzlich zugelassenen formlosen Weise, sondern durch Aufnahme in den Ausfertigungsvermerk bewirkt ist. Was vom Reichsgerichte für die unter § 271 St.G.B.'s fallenden Vergehen ausgesprochen ist, daß diese Strafvorschrift nicht weitergreife, als die unmittelbare Beweiskraft der Urkunde sich erstreckt, und daß aus dem Bereiche wahrer oder falscher Beurkundung alles dasjenige hinausfalle, wofür die öffentliche Urkunde keine Beweiskraft besitze (vgl. Entsch. w. o. Bd. 20 S. 249. 250), gilt in gleicher Weise auch für Vergehen im Sinne des § 348 Abs. 1 St.G.B.'s. Handelte es sich hiernach bei den Nummerangaben, die in den vom Angeklagten vollzogenen Ausfertigungsvermerken enthalten sind, nicht um öffentliche Urkunden, so hat die Strafkammer mit Recht die Anwendbarkeit des § 348 Abs. 1 St.G.B.'s verneint. (Der Ober-Reichsanwalt hatte die Aufhebung des Urteils beantragt.)